

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1957 bis 1990 Band 5

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Band 5/111: 30.09.1968 – 31.12.1969

30.09.1968

UdSSR: Der sowjetische Fremdsprachenrundfunksender richtet am 30. September 1968 folgende Botschaft an die Chinesen (x058/419): >>Chinesischer Werktätige!

Das Sowjetvolk ist euer langerprobter Freund. Die sowjetischen Arbeiter, Bauern und Intellektuellen grüßen euch herzlich!

Vor 19 Jahren habt ihr unter der glorreichen kommunistischen Partei Chinas die Freiheit erlangt. Seitdem arbeitet ihr mit beiden Händen für ein neues Leben.

Euer Freund, das Sowjetvolk steht zu euch. Das Sowjetvolk betrachtet eure Errungenschaften als seine eigenen Errungenschaften und ist sehr stolz darauf, vor allem auf die Errungenschaften auf den Gebieten der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Kultur und der Volkserziehung.

Der Lebensstandard des chinesischen Volkes hat sich gebessert. Viele Wunder habt ihr durch fleißige Arbeit vollbracht. Ihr hättet bestimmt noch mehr Erfolge erzielen können, wenn euch Mao Tse-tung und seine Lakaien nicht eurer Freiheit beraubt hätten. ...

Ihr habt aus eigener bitterer Erfahrung die abenteuerliche Politik der Mao Tse-tung-Clique kennengelernt: Die Volkskommunen, den "Großen Sprung nach vorn" und die seit 2 Jahren andauernde sog. "Kulturrevolution".

Ihr wißt, daß Mao Tse-tung sich sehr bemüht, eine Diktatur zu errichten. Mao Tse-tung und seine Lakaien wissen genau, daß die echten Kommunisten Chinas die verbrecherischen Machenschaften der Mao Tse-tung-Clique nicht hinnehmen wollen. Deshalb wird die Speerspitze gegen diese echten Kommunisten gerichtet. Sie werden als sog. "Klassenfeinde" verurteilt und zur "körperlichen Umerziehung" in Internierungslager geschickt.

So verfolgen Mao Tse-tung und seine Lakaien hervorragende Söhne und Töchter der KPCh ...

Aber die echten Kommunisten der KPCh bleiben der großen Idee des Marxismus-Leninismus treu. Ihr kämpft gegen die Diktatur Mao Tse-tungs und werdet gewiß siegen, weil die Arbeiterklasse des ganzen Landes euch unterstützt! ...<<

09.12.1968

Großbritannien: In einem Offenen Brief an Wladyslaw Gomulka kritisiert der britische Philosoph Bertrand Russell (1872-1970) am 9. Dezember 1968 den ausgeprägten Antisemitismus in Polen (x025/174): >>Im Lauf der letzten 18 Monate haben Presse, Geheimpolizei und Regierung in Polen vorsätzlich zum Antisemitismus gehetzt. Bei offiziellen Aufmärschen sieht man heute Plakate, die Juden als hakennasige Bucklige darstellen ...

Diese Tatsachen, in informierten Zeitschriften dokumentiert und gut bekannt, bedeuten für die kleine jüdische Gemeinschaft in Polen das schreckliche Leben von plötzlichem Existenzverlust, Armut, rassischer Verfolgung und dem Alptraum einer noch schlimmeren Zukunft ...<<

23.12.1968

Israel: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (52/1968) berichtet am 23. Dezember 1968 über jüdische Vergeltungsaktionen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges: >>**Räche dein**

Volk

Ein seltsam aufgeputzter Militärkonvoi rollte im Mai 1945 durch Oberitalien. An der Spitze flatterten weiß-blaue Fahnen mit dem David-Stern. An den Seiten der Dodge-Lastwagen war zu lesen: "Deutschland kaputt! Kein Volk! Kein Reich! Kein Führer! Die Juden kommen!" In den folgenden Wochen häuften sich bei den alliierten Kommandanturen in Tirol und Kärnten Vermißten-Anzeigen. Stets hatten britische Soldaten deutsche Nazis zur Vernehmung abgeholt, Sie wurden auf Lastwagen verladen. Die Angehörigen warten seitdem vergebens auf Nachricht.

Warum, das enthüllt der israelische Journalist und Ben-Gurion-Biograph Michel Bar-Zohar, 30, in einem Buch über jüdische Vergeltungsaktionen nach Kriegsende (Michel Bar-Zohar: "Les Bengeurs"; Librairie Arthème Fayard, Paris; 314 Seiten ...).

Aus dem Archiv der zionistischen Geheimorganisation Haganah berichtet er zum erstenmal über jüdische Exekutionskommandos, die seinerzeit in Österreich und Süddeutschland NS-Verbrecher jagten. Haganah-Veteranen schilderten ihm Episoden jüdischer Rache, "über die sie bis dahin nicht einmal zu Verwandten und engsten Freunden gesprochen hatten".

Einige leben heute anonym im Kibbuz, andere erklommen hohe Posten in der israelischen Armee, drei - Schlomo Schamir, Meir Sorea, Chaim Laskow - als Generäle. Israel Karmi kommandierte später die Militärpolizei, Oberstleutnant Marcel Tobias wurde Fallschirmheld der Sinai-Kampagne.

Ihre ersten Erfahrungen hatten die jüdischen Freiwilligen, drei Regimenter stark, in der britischen Palästina-Brigade gesammelt - im Kampf gegen Rommel. Nach der Kapitulation sollten die drei Regimenter über Norditalien nach Großdeutschland einrücken.

Am Abend vor dem Abmarsch war feierlicher Flaggenappell. Ein Korporal verlas die zwölf "Gebote des hebräischen Soldaten auf deutschem Boden": "Erinnere dich deiner sechs Millionen ermordeten Brüder ... Betrage dich als ein Jude, der stolz ist auf sein Volk und seine Fahne. Beflecke nicht deine Ehre und mische dich nicht unter die Deutschen ..."

Nach Fraternisieren war den jüdischen Soldaten ohnehin nicht zumute. "Das Blut klopfte uns in den Adern", erinnert sich Romancier Hanoach Bartov. "Wir würden unser Volk rächen, ohne Freude oder Geschmack daran zu finden. Aber wir würden es rächen!"

Doch am folgenden Tag kam ein Gegenbefehl: Das britische Oberkommando fürchtete für die Disziplin der künftigen Besatzungsarmee. Es beorderte die Brigade in ein Camp bei Tarvisio, als Eingreifreserve für einen möglichen Konflikt um das von Tito-Partisanen besetzte Triest.

Es kam zu ersten Ausschreitungen gegen die deutschsprachige Minderheit. Oberst Karmi: "Solche Racheakte ehrten nicht unsere Erziehung als hebräische Kombattanten und verstießen gegen die Tradition der Reinheit der jüdischen Waffen."

Karmi und andere Haganah-Chefs, die innerhalb der Brigade eine eigene Hierarchie bildeten, versuchten, die Selbstjustiz zu regulieren. Aus zuverlässigen Kombattanten stellten sie ein Kommando zusammen. Nur solche Nazis sollten aufgespürt und bestraft werden, die nachweislich Verbrechen gegen das jüdische Volk begangen hatten.

Als britische Soldaten verkleidet, schwärmten die Rächer aus. Vor der Abfahrt lasen sie Broschüren der Jewish Agency über Himmlers Todesfabriken - "damit wir uns anheizten" (so ein anonymen Teilnehmer).

"Wir beschäftigten uns hauptsächlich mit höheren SS-Offizieren", gab Schalom Gil'ad zu Protokoll. "Alles, wonach man uns hätte identifizieren können, das Nummernschild oder andere Insignien, waren sorgfältig verdeckt. Klaus, unser blauäugiger Arier, dolmetschte."

Die Namen der Todeskandidaten beschafften sich die Haganah-Chefs durch Verbindungsleute bei den alliierten Geheimdiensten. Um die eigene Haut zu retten, schrieben kleine Amtswalter oder Gestapo-Gehilfen bereitwillig Listen ihrer Vorgesetzten. Die meisten Opfer folgten den vermeintlichen Briten-Soldaten ahnungslos.

"Wenn wir das Dorf oder die Stadt verlassen hatten", so Gil'ad weiter, "gaben wir uns dem Nazi zu erkennen, verlasen die Liste seiner Verbrechen und das Todesurteil." Es wurde auf einem abgelegenen Grundstück vollstreckt.

Bald beunruhigten Leichenfunde die Bevölkerung in Österreich. Die britischen Militärbehörden ermittelten erfolglos. "Einige Offiziere", erklärt Bar-Zohar, "zogen es vor, die Augen zu schließen."

Wie viele SS-Leute auf diese Weise im Laufe des Sommers exekutiert wurden, konnte der Autor nicht genau feststellen. Die Angaben gehen von 50 bis 300, da jeder seiner Gewährsmänner nur den eigenen Anteil der Operation übersah.

Die anderen jüdischen Soldaten bekamen Feindesland erst zu sehen, als die Brigade von Österreich nach Belgien verlegt wurde. Die Journalistin Ursula von Kardorff erspähte den Konvoi der Brigade auf der Autobahn bei Augsburg. "Wir sahen eine Demonstration der göttlichen Gerechtigkeit", notierte sie unter dem Datum des 30. Juli 1945 in ihrem später veröffentlichten Tagebuch "Berliner Aufzeichnungen aus den Jahren 1942 bis 1945".

"Der Anblick eines Deutschen genügte, um unsere Rachegelüste zu wecken", beschrieb Landwirt Sam Halevi seine Gefühle.

"Wenn ein Radfahrer an unserem Dodge vorbeifuhr, öffneten sich ruckartig die Wagentüren. Der Mann stürzte unter die Räder und wurde zermalmt."

Die Brigade zog ab, die Rache ging weiter. Bis zum Sommer 1946 operierten mehrere Vergeltungskommandos in Europa. Auf ihr Konto gehen laut Bar-Zohar mindestens 1.000 geheime Hinrichtungen. Mit gefälschten Papieren holten sie verdächtige SS-Leute aus alliierten Gefangenenlagern. In Kroatien liquidierten sie Ustascha-Faschisten, in Österreich einen falschen Eichmann. In einem Deportierten-Camp bei Turin spürten sie einen polnischen Arzt auf, der untergetauchten SS-Männern die Blutgruppen-Tätowierung entfernte.

Im April 1946 wollte die Geheimgruppe "Nakam" ("Rache") aus Lublin 36.000 SS-Leute in einem Nürnberger Internierungslager durch die Aktion "Todesbrot" vergiften. Das Unternehmen wurde monatelang mit wissenschaftlicher Akribie vorbereitet, scheiterte aber an den Nachtwächtern einer Großbäckerei. Da sie die Eindringlinge jedoch für Diebe hielten, kamen immerhin etwa 2.000 mit Arsen präparierte Brotlaibe in die Proviantausgabe. Rund 4.300 SS-Leute brachen mit Krämpfen zusammen, zwischen 700 und 800 starben in Krankenhäusern.

Noch abenteuerlichere Haganah-Männer wollten mehrere deutsche Großstädte niederbrennen oder deren Einwohner durch Arsen-Beimischung ins Trinkwasser töten. Die Haganah-Oberen verhinderten derartige Taten, ungehorsame Rächer wurden verhaftet.

Das letzte Kommando-Unternehmen in Deutschland planten die drei Offiziere Oleg Gutman, Emil Brik und Kouba Sheinkmann 1949 in einer Tel Aviver Vorstadtwohnung. Sie wollten in die Spandauer Zitadelle eindringen und die dort einsitzenden NS-Größen niederschließen.

Von den Fenstern des Berliner Filmproduzenten Artur Brauner aus erkundete das Trio wochenlang das Wachsystem im alliierten Kriegsverbrechergefängnis. Doch die israelische Regierung wollte nichts mehr von privaten Vergeltungsaktionen wissen. Sie verbot das Unternehmen und rief die drei Offiziere kraft militärischer Disziplinargewalt in die Heimat zurück.<<

1968

Frankreich: Jean-Jacques Servan-Schreiber (1924-2006, französischer Publizist und Politiker, 1971-75 und 1977-79 Präsident der Radikalsozialistischen Partei) erklärt während einer Fernsehdiskussion im Jahre 1968 (x243/110-111): >>... Wenn unsere Generation die amerikanische Herausforderung nicht erkennt und ihr nicht entsprechend begegnet, so wird es in 15 Jahren zu spät sein. ... Wir müssen begreifen, daß die Herausforderung unserer Kultur und nicht unserem Geld gilt. Und dagegen müssen wir uns durch geeignete Maßnahmen zur Wehr setzen.

Letzte Woche war ich in einem sehr hübschen, sonnigen Ort an der Südküste Frankreichs in der Nähe von Nizza. Diesen Ort hatte der amerikanische Elektronik-Gigant IBM gewählt, um dort sein Hauptlaboratorium in Europa zu errichten. ... In Wahrheit verkörpert diese IBM-Gebäude die eigentliche Besetzung. Hier wird mit französischem Geld, französischen Wissenschaftlern und auf französischem Boden gearbeitet, um Erfindungen zu machen. Und diese französischen Wissenschaftler machen fortlaufend Erfindungen und schicken sie jeweils per Telex (Fernschreiber) nach New York. ...

Wissen Sie, wir könnten darüber diskutieren, ob wir Amerikaner werden und die amerikanische Lebensweise übernehmen möchten oder nicht. Aber um diese Frage geht es im Grunde ja nicht, sie ist rein theoretischer Art.

Angenommen, wir versagen und die Amerikaner beherrschen in 10 Jahren das Wirtschaftsleben Europas. Was wird dann aus uns? Werden wir Amerikaner?

Niemals! Wir werden von Amerika kolonisiert.<<

Palästina: Der Palästinensische Nationalrat der Befreiungsorganisation PLO beschließt im Jahre 1968 (x073/330): >>... Art. 1) Palästina ist das Vaterland des palästinensisch-arabischen Volkes und ein integraler Bestandteil des Großen Vaterlandes, und das Volk Palästinas ist ein Teil der arabischen Nation. ...

Art. 3) Das palästinensisch-arabische Volk besitzt ein legales Recht auf sein Vaterland, und sobald dessen Befreiung vollendet ist, wird es das Selbstbestimmungsrecht allein nach seinem eigenen Willen und seiner eigenen Wahl ausüben. ...

Art. 5) Palästinenser sind jene arabischen Bürger, die bis 1947 dauernd in Palästina lebten, ob sie von dort vertrieben wurden oder dort lebten. Wer immer nach diesem Zeitpunkt innerhalb oder außerhalb Palästinas geboren wurde und einen palästinensisch-arabischen Vater hat, ist ein Palästinenser.

Art. 6) Juden, die bis zum Beginn der zionistischen Invasion dauernd in Palästina lebten, werden als Palästinenser betrachtet. ...

Art. 15) Die Befreiung Palästinas ist aus arabischer Sicht eine nationale Pflicht, um die zionistische imperialistische Invasion des Großen arabischen Vaterlandes zurückzuschlagen und um Palästina von der zionistischen Präsenz zu reinigen. ...<<

1969

Einen Glauben annehmen, bloß weil er Sitte ist, das heißt doch: unredlich sein, feige sein, faul sein!
--

<i>Friedrich Nietzsche (1844-1900, deutscher Philosoph und Dichter)</i>

06.01.1969

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (1/1969) berichtet am 6. Januar 1969 über die Kollektivschuld der Deutschen: >>VERANTWORTLICH SIND ALLE

Die Moskauer "Literaturzeitung" über eine neue deutsche Kollektivschuld:

Die Verantwortung für das Schicksal der Nationen tragen nicht nur irgendwelche Politiker oder Regierungen, sondern auch die Völker ...

Marx und Engels haben stets betont, daß die Verantwortung nicht nur bei einzelnen Personen oder Klassen liegt, sondern bei den Nationen. Sie haben kein Volk von der Verantwortung für sein Schicksal oder seine Rolle in der Welt freigesprochen, nur weil es das Volk ist. Im Gegenteil, sie haben unterstrichen, daß sich das Volk nicht zum Spielball der reaktionären Politiker machen lassen darf, daß es selbst für sein Schicksal verantwortlich ist. Bezeichnenderweise bezogen Marx und Engels diese ihre Äußerungen vor allem auf ihre Landsleute -- die Deutschen.

Einst mußten die Deutschen dafür bezahlen, daß sie jahrhundertlang ihren Königen, Fürsten und Landsknechten gestatteten, fremde Länder auszuplündern. Nun mußten die Deutschen für

Hitler bezahlen. Wird die Bevölkerung der Bundesrepublik jetzt für die Revanchisten bezahlen müssen? Dieser Preis könnte der höchste sein, der je in der deutschen Geschichte gefordert wurde.

Heute wie damals könnte man sagen, ein Land, das auf den Weg des Krieges gedrängt wird, sei doch nicht schuld, die Schuld trage die Regierung. Revanchehetze betreiben in Westdeutschland nicht die einfachen Bürger, sondern hochgestellte Würdenträger, die Generale der Bundeswehr, die Monopolisten und die Neonazis. Das ist richtig. Aber das befreit auch jetzt die Menschen, die geführt werden, nicht von der Verantwortung.

Im Gegenteil, die Tatsache, daß sich das zum zweiten Male ereignet, vertieft, unterstreicht dreifach, vierfach die nationale Verantwortung. Sich zum zweiten Mal darauf zu berufen, die Menschen hätten "nicht gewußt", was Faschisten und Revanchisten anzetteln, ist unmöglich. "Es genügt nicht zu sagen, wie die Franzosen tun, daß ihre Nation überrascht worden sei", schrieb Marx 1852 über den Staatsstreich des Louis Bonaparte. "Einer Nation und einer Frau wird die unbewachte Stunde nicht verziehen, worin der erste beste Abenteurer ihnen Gewalt antun konnte."

Jenseits der Elbe sollte man begreifen: Bei einem neuerlichen Examen Westdeutschlands erteilt die Geschichte kein Pardon wegen politischer "Unerfahrenheit" und erkennt keine "mildernden Umstände" an. Die Welt von heute ist kein Kindergarten ...<<

05.03.1969

BRD: Der SPD-Politiker Gustav Heinemann (1899-1976, 1949/50 Bundesinnenminister – Rücktritt wegen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland) wird am 5. März 1969 zum Bundespräsidenten gewählt.

25.04.1969

BRD: Bundesaußenminister Willy Brandt erklärt am 25. April 1969 vor dem Bundestag, daß man nur einige ausgewählte Bände der Dokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen veröffentlichen wird (x131/183): >>Nachdem die beiden ersten Bände vorlagen, entschieden sich jedoch die beteiligten Stellen mit Billigung des Auswärtigen Amtes, diese Bände zu veröffentlichen.

Für die restlichen Bände kam das Auswärtige Amt zu dem Ergebnis, daß es einstweilen besser sei, über die ursprüngliche Zweckbestimmung nicht hinauszugehen. Dies sollte von vornherein, so meinte mein Amt, das Mißverständnis ausschließen, mit einer massierten Publizierung des Materials werde eine politische Absicht verfolgt und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert.

Dies hätte bei allen Beteiligten - oder bei vielen Beteiligten - alte Wunden aufreißen können und wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich gewesen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.

Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<

26.04.1969

BRD: Die BdV-Bundesversammlung erklärt am 26. April 1969 zur Verjährung von Kriegsverbrechen (x155/151-152): >>... Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfordern eine gerechte Sühne in geordnetem Rechtsgang, also nach ausreichender Beweisführung und freier

Verteidigung. Um Recht geht es nur, wenn gleiche Straftaten gleichermaßen verfolgt werden. Die Vertriebenen fordern im Zusammenhang mit der Verjährungsdebatte endlich die wirksame Beweissicherung auch für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die an Deutschen begangen wurden. Sie wollen damit weder Verbrechen von Deutschen verschleiern, noch Verbrechen gegeneinander aufrechnen.

Sie wehren sich aber gegen zweierlei Recht und gegen den Versuch, durch einseitige Feststellungen über das Ausmaß solcher Verbrechen dem Unrecht der Vertreibung von Millionen an diesen Verbrechen nicht beteiligten Deutschen eine moralische Scheinbegründung zu geben.

... Der BdV verweist ausdrücklich darauf, daß die Vorbereitung der Vertreibung ganzer Volksgruppen aus ihren Wohnsitzen, die Zerstörung ihrer gesellschaftlichen Ordnung und ihrer kulturellen und geschichtlichen Bindung, die Gefährdung des Lebens vieler Angehöriger deutscher Volksgruppen bei der Vertreibung und die Unterbrechung der Entfaltung der Volksgruppen zu ihren angestammten Wohnsitzen zu den Tatbeständen des Völkermordes zählt.

... Man kann sich nicht zum Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen bekennen, dennoch aber Unrechtstatbestände, die Millionen Deutschen dies Recht verweigern, stillschweigend übergehen oder in das Gegenteil umwandeln. ...

Von verschiedenen Seiten wird behauptet, das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte könne alsbald aufgelöst oder aufgeteilt werden. Diese Absicht wird vom BdV aus sachlichen und politischen Gründen entschieden zurückgewiesen. Das Ministerium hat noch eine Fülle von Eingliederungsaufgaben zu bewältigen. Darüber hinaus würde die Liquidierung dieses Ministeriums in der öffentlichen Meinung als Liquidierung des Vertriebenenproblems mißverstanden werden. ...

Die Absicht, zur Finanzierung des Flüchtlingsentschädigungsgesetzes (21. LAG-Novelle) eine Milliarde DM oder noch mehr dem Lastenausgleichfonds zu entnehmen, bedeutet Zweckentfremdung der den Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten zustehenden Mittel. Sie wird vom BdV entschieden abgelehnt. ...<<

07.05.1969

BRD: Das BdV-Präsidium berichtet am 7. Mai 1969 über Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger und dem CDU-Präsidium (x155/153): >>Bundeskanzler Kiesinger warnte vor den Gefahren einer illusionistischen Politik. Gewisse Bestrebungen, die Anerkennung des Ulbricht-Regimes und der Oder-Neiße-Linie als fortschrittlich hinzustellen, bezeichnete der Bundeskanzler als außerordentlich gefährlich. ...

Dies gilt vor allem auch für das Recht auf die Heimat und die Selbstbestimmung, dem in einem Friedensvertrag Rechnung getragen werden muß. Bei den Friedensverhandlungen soll so viel von Deutschland für Deutschland gerettet werden wie irgend möglich.

CDU und BdV stellen gemeinsam fest, daß eine differenzierte Lösung der Verjährungsfrage in der Bundesrepublik eine gerechte Sühne der Verbrechen gegen die Menschlichkeit sicherstellen würde. Sie sind sich in diesem Zusammenhang darüber einig, daß eine wirksame Beweissicherung dieser Verbrechen auch notwendig ist, soweit sie an Deutschen verübt worden sind. ...<<

04.06.1969

BRD: Das BdV-Präsidium erklärt am 4. April 1969 in Bonn (x155/156-157): >>... 1. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet Parteien, Staatsführung und Bürger, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Dieses verfassungsrechtliche Gebot legt die politische Aufgabe fest, nach Wiederherstellung des Staates in seinen rechtmäßigen Grenzen zu streben. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Damit ist die Beachtung der allgemeinen Menschenrechte, des Selbstbestimmungsrechts, des Rechts auf die Heimat, des Annexionsverbotes verfassungsrechtliche Pflicht für Staat und Gesellschaft gemeint.

2. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Obhutspflicht gegenüber allen Vertriebenen übernommen. Diese schließt die Sorge für die in der angestammten Heimat verbliebenen Deutschen ein.

3. Die Deutschlandpolitik muß im Hinblick auf die friedensvertragliche Regelung von der Tatsache ausgehen, daß das Deutsche Reich in seinen völkerrechtlich anerkannten Grenzen fortbesteht. Einen Friedensvertrag kann nur eine gesamtdeutsche Regierung schließen. Verträge über die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland können nur mit Zustimmung der Deutschen aus diesen Gebieten geschlossen werden. ...

5. Die deutschen Heimatvertriebenen verbindet eine Geschichte von Jahrhunderten mit den Völkern Ost- und Südosteuropas. Die gewaltsame Lösung aus dieser historischen Gemeinschaft hat sie zu berufenen Verfechtern der europäischen Einigung gemacht. ...

... Das Bundesvertriebenenministerium ist sachlich notwendig, weil Eingliederung und Lastenausgleich noch in Jahren nicht abgeschlossen sein werden und weil die kulturellen Aufgaben fortdauernd bestehen. Zudem ist zu bedenken, daß der Osten aus der Abschaffung des Ministeriums politisch abträgliche Folgerungen ziehen würde.

Die Vertriebenen haben sich als Element der Stabilität auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens bewährt. Aus dieser Tatsache leiten sie nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte ab, die sie weiterhin mit allem Nachdruck wahrnehmen werden.<<

08.07.1969

USA: US-Präsident Nixon gibt am 8. Juli 1969 den Abzug von 25.000 US-Soldaten aus Südvietnam bekannt.

Die US-Truppenstärke beträgt danach etwa 518.000 Soldaten (x175/579).

12.07.1969

BRD: Das BdV-Präsidium verurteilt am 12. Juli 1969 die Äußerungen des regierenden Bürgermeisters von Berlin, der sich in Polen für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen hatte (x155/158-159): >>Der Bund der Vertriebenen wendet sich gegen die Verharmlosung und Verfälschung der Ausführungen des West-Berliner Bürgermeisters Schütz zur Oder-Neiße-Frage. ...

1. Der Regierende Bürgermeister von West-Berlin war bei seinen Verhandlungen in Warschau um die Wahrung Berliner Interessen bemüht. Darüber hinaus aber hat er eine vom Standpunkt der Bundesregierung, der Parteien einschließlich der SPD, des Berliner Senats und der verbündeten Mächte abweichende Politik betrieben.

Im Gegensatz zu dem einmütigen offiziellen Standpunkt, daß die endgültige Regelung der Oder-Neiße-Frage einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung vorbehalten bleiben muß, fordert Schütz "die Anerkennung der bestehenden Grenzen im Zusammenhang mit einer europäischen Friedensordnung und verbunden mit Verträgen über Gewaltverzicht" in einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Polen.

Für die Anerkennung dieser gewaltsam geschaffenen "Realitäten" hofft er die Zustimmung Polens für die Anerkennung der "Realität der Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik Deutschland" zu erreichen. ...<<

Das BdV-Präsidium berichtet ferner am 12. Juli 1969 über die Erstellung und Auswertung einer zusammengefaßten Dokumentation der Vertreibungsverbrechen (x155/160-161): >>Ende Juni hat die Bundesregierung, einer Vorlage von Bundesminister Windelen entsprechend, beschlossen, daß unter Federführung dieses Hauses eine Dokumentation der an Deutschen im Zusammenhang mit der Vertreibung verübten Verbrechen erstellt werden soll.

Die in den Jahren 1953 bis 1961 im Auftrag der Bundesrepublik veröffentlichte, in 5 Hauptbänden und 3 Beiheften zusammengestellte "Dokumentation der Vertreibung", durchweg eidesstattliche und wissenschaftlich gesichtete Zeugnisse Vertriebener, sowie die Zehntausenden von noch nicht veröffentlichten im Koblenzer Bundesarchiv aufbewahrten Zeugnisse sol-

len auf kriminelle Tatbestände untersucht und zusammengestellt werden.

Wie der "Bayern-Kurier" zuverlässig erfahren haben will, haben die SPD-Minister dem Beschluß der Bundesregierung nur zugestimmt, daß er nicht bekanntgegeben werde. Insbesondere Außenminister Brandt habe Bedenken geäußert, eine solche Dokumentation könne im Ausland "mißverstanden" werden.

Man geht aber wohl auch nicht fehl in der Annahme, daß in der zeitweiligen Geheimhaltung des Beschlusses auch Rücksichten auf die "Mission" von Klaus Schütz in Warschau eine Rolle gespielt haben.

Infolge der Veröffentlichung der Hintergründe in dem bayerischen CSU-Blatt sah sich die Bundesregierung jetzt veranlaßt, den Beschluß auch öffentlich zu bestätigen.

Damit ist in gewissem Umfang, aber keineswegs hinreichend, dem seit rund einem Jahrzehnt angestrebten Bemühen des Bundes der Vertriebenen entsprochen worden. Die Vertriebenen fordern jedoch nicht nur eine Dokumentation, sondern eine Sichtung der vorhandenen Unterlagen nach Maßgabe ihrer Verwendbarkeit in einem geordneten Rechtsgang. Zu diesem Zweck wäre eine mit juristischen Experten besetzte Erfassungsstelle ähnlich der in Ludwigsburg oder Braunschweig einzurichten.

Die Vertriebenen gehen bei ihrem Petition (Gesuch) davon aus, daß die Verfolgung nicht nur von Deutschen, sondern auch an Deutschen verübten Verbrechen im Interesse der historischen Wahrheit und der Unteilbarkeit des Rechtes erforderlich ist und daß ein Verschweigen dieser verbrecherischen Tatbestände durch die Opfer weder moralisch noch politisch zu rechtfertigen ist.

"Verbrechen gegen die Menschlichkeit", so heißt es in einer am 27. April dieses Jahres von der Bundesversammlung des BdV verabschiedeten Entschließung zur Verjährungsfrage, "erfordern eine gerechte Sühne in geordnetem Rechtsgang, also nach ausreichender Beweisführung unter freier Verteidigung. Um Recht geht es nur, wenn gleiche Straftaten gleichermaßen verfolgt werden." Der Gesamtprozeß der Vertreibung ganzer Volksgruppen stelle den Tatbestand des Völkermordes dar.

Am 13. Juni dieses Jahres hat BdV-Präsident Rehs in einem Schreiben an Bundesjustizminister Ehmke die Verjährungsdebatte zum Anlaß genommen, den zuständigen Minister zu einer entsprechenden Initiative bei den Landesjustizbehörden anzuregen. Ehmke antwortete, daß er sich von einem solchen Schritt keinen Erfolg verspreche. Die Bundesregierung werde allenfalls eine umfassende Dokumentation der Vertreibungsverbrechen unter Federführung des Bundesvertriebenenministers erstellen.

Das und nicht mehr ist beschlossen worden. Der zügigen Initiative und dem Drängen der CDU/CSU ist es zu danken, daß zumindest der Auftrag gegeben wurde, eine Dokumentation zu erstellen. Insbesondere der CDU-Abgeordnete Dr. Czaja hat sich, wie hier mehrfach berichtet worden ist, um die Durchsetzung dieses Vorhabens verdient gemacht.

Wenig bekannt geworden ist, daß sich auch der hervorragende Rechtsexperte der CDU und Mitglied der Europäischen Kommission für Menschenrechte, Staatsminister a.D. Dr. Süsterhenn, während der Verjährungsdebatte des Bundestages nicht nur für die Dokumentation, sondern auch für die Beweissicherung von Vertreibungsverbrechen eingesetzt hat.

Der Bund der Vertriebenen besteht darauf, daß im Anschluß an die Dokumentation eine Zentrale, mit einer genügenden Anzahl von Fachleuten besetzten Stelle eingerichtet wird, die den Auftrag hat, die Aufklärung von Straftaten dieser Art und schließlich auch ein geordnetes Rechtsverfahren im Inland einzuleiten und im betroffenen Ausland zu forcieren.<<

Der deutsche Historiker Mathias Beer berichtet später während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen" (x879/17-33): >>I. 'Flucht und Vertreibung' - eine Chiffre

'Flucht und Vertreibung' sind in der deutschen Sprache zu einer Chiffre geworden. Sie steht

für die gewaltsame, Hunderttausende von Todesopfern fordernde Verschiebung von mehr als zwölf Millionen Deutschen und damit für den zahlenmäßig größten Teil der europäischen Zwangsmigrationen am Ende des Zweiten Weltkriegs. Sie steht für einen Vorgang mit einer weit über den Zweiten Weltkrieg hinausreichenden zeitlichen Dimension.

Der historische Kontext dieser gewaltigen Bevölkerungsverschiebung umfaßt die gesamte erste Hälfte der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Seine Wurzeln reichen noch tiefer, bis weit ins 19. Jahrhundert, dem Zeitalter des Nationalismus, zurück. Die Kennworte 'Flucht und Vertreibung' stehen zudem für einen regional differenzierten sowie ein breites Spektrum an Erscheinungsformen zusammenfassenden Prozeß. Diese reichen von Umsiedlungen auf der Grundlage von zwischenstaatlichen Verträgen über Evakuierung und Flucht bis hin zu Ausweisungen, Vertreibungen und vertraglich geregelten Umsiedlungen zu Lasten dritter Staaten.

'Flucht und Vertreibung' ist schließlich die Chiffre für die die gesamte Geschichte der Bundesrepublik begleitenden, gesellschaftlich breit angelegten, intensiven, politisch kontroversen juristischen und erinnerungspolitischen Debatten. Diese Auseinandersetzungen weisen, wie auch jüngst zu beobachten ist, eine eng miteinander verwobene innen- und eine außenpolitische Seite auf. Anders als die gerade in letzter Zeit besonders häufig geäußerte Meinung glauben machen will - erinnert sei lediglich an die Novelle von Günter Grass "Im Krebsgang" und die Initiative der Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" -, waren 'Flucht und Vertreibung' kein Tabu der bundesdeutschen Gesellschaft. Vielmehr entpuppt sich das modische Reden vom Tabu bei näherem Betrachten selbst als fester Bestandteil der Debatten.

Geradezu wie in einem Brennglas fokussiert, erscheinen die breit gefächerten Debatten zu 'Flucht und Vertreibung' in der Bundesrepublik in der wechselvollen Geschichte einer Publikation - der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa". Es gibt keine Veröffentlichung oder Auseinandersetzung zu 'Flucht und Vertreibung' in der Bundesrepublik, die nicht einen Bezug zur "Dokumentation der Vertreibung" hätte.

Die monumentale Publikation umfaßt fünf Bände, einige davon mit mehreren Teilbänden, drei Beihefte sowie ein Ortsregister und ist zwischen 1953 und 1962 erschienen. Ihre Vorgeschichte reicht aber weiter zurück, und ihre Wirkungsgeschichte dauert bis heute an. Insofern spiegeln sich in dem mehrbändigen Werk nicht nur die Geschichte der politischen, medialen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit 'Flucht und Vertreibung' in der Bundesrepublik in den 1950er Jahren wider. ...

II. Die "Dokumentation der Vertreibung"

Die Quellengrundlage für die "Dokumentation der Vertreibung" bildet ein Teil der "Ost-Dokumentation". Dabei handelt es sich um eine Gruppe von etwa zwei Dutzend Sammlungen des Bundesarchivs. Sie enthalten Selbstzeugnisse aller Art - Erlebnisberichte, Befragungsprotokolle, Tätigkeitsberichte von Amtsträgern - über die Zustände und Ereignisse vorwiegend der Jahre 1930 bis 1947 in den reichsdeutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße, in den vom Deutschen Reich während des Zweiten Weltkriegs annektierten oder besetzten Gebieten, in den Siedlungsgebieten deutscher Minderheiten in Ost-Mitteleuropa, sowie historisch aufgearbeitete Unterlagen zu diesen Gebieten.

Einen Teil der Sammlungen hat das Bundesarchiv Mitte der 1950er Jahre von anderen Archiven, von Institutionen und Einzelpersonen übernommen. Ein anderer Teil geht auf die in amtlichem Auftrag oder vom Bundesarchiv selbst eingeleitete und durchgeführte Sammeltätigkeit zurück. Die damit betraute Organisationseinheit des Bundesarchivs trug ebenfalls die Bezeichnung "Ost-Dokumentation" und bestand von 1956 bis 1976.

Innerhalb dieser Sammlungen nimmt der Bestand "Ost-Dok 2" sowohl unter quantitativem als auch unter qualitativem Gesichtspunkt eine Sonderstellung ein. Er umfaßt neben einer kleineren Zahl anderer Ego-Dokumente rund 11.000 Zeitzeugenberichte und stellt damit die größte

Sammlung von einschlägigen Quellen in der Bundesrepublik dar.

Darin schildern Einzelpersonen aus sämtlichen Herkunftsgebieten der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen ihre Erlebnisse und Erfahrungen während der Zeit der letzten Kampfhandlungen, der Evakuierung und der Flucht, und auch während der Zeit, die sie 1945 und danach unter den Bedingungen der neuen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Heimatort verbracht haben. Sie schildern die Einweisung in Lager und Gefängnisse, die Verschleppung, Deportation und Ausweisung sowie schließlich die Aufnahme in einer der vier Besatzungszonen Deutschlands.

"Ost-Dok 2" ist kein einheitlicher und auch kein organisch gewachsener Bestand. Er vereinigt eine ganze Reihe von Sammlungen. Sie sind unter unterschiedlichen Voraussetzungen, aus unterschiedlicher Motivation, mit unterschiedlicher Zielsetzung und von verschiedenen Institutionen und auch unabhängig voneinander in einem Zeitraum von gut anderthalb Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden. Das Gros der Berichte stammt vom Ende der 1940er und aus der ersten Hälfte der 1950er Jahre und wurde gezielt für die "Dokumentation der Vertreibung" gesammelt.

Die Erlebnisberichte sind dem Bedürfnis der Betroffenen entsprungen, die in vielen Fällen von Gewalt begleiteten traumatischen Erfahrungen durch Aussprechen und Niederschreiben zu bewältigen. Sie sind Ausdruck der persönlichen Erinnerung, der Primärerfahrung an 'Flucht und Vertreibung' und zugleich das Ergebnis der Erinnerungsgemeinschaften, die im Kreise der Flüchtlinge und Vertriebenen entstanden sind. Des lebendigen kommunikativen Gruppengedächtnisses haben sich schon in einem frühen Stadium Interessenvertretungen der Flüchtlinge und Vertriebenen ebenso wie politische Entscheidungsträger bedient, um auf dieser Grundlage außen- wie innenpolitisch Rechtspositionen geltend zu machen.

Mit einer "Dokumentation über die Ausschreitungen gegen Deutsche im Osten" in Form eines Weißbuches sollte gegen das 'Unrecht von Potsdam' angekämpft werden. Aus ihrem Entstehungskontext herausgelöst sollten die Berichte als juristische Beweismittel dienen, von denen man sich versprach, daß sie die deutsche Position bei den erwarteten Friedensverhandlungen stärkten.

Damit wurden die Primärerfahrungen an 'Flucht und Vertreibung' dem "sozialen Kurzzeitgedächtnis" enthoben und in den Dienst politischer Ziele gestellt, was sich mit der Gründung der Bundesrepublik noch verstärkte. Eine Interessengemeinschaft aus Vertriebenenorganisationen, von im Bundestag vertretenen Parteien und der Bundesregierung war in den vom Kalten Krieg geprägten Anfangsjahren der Bundesrepublik zudem bestrebt, die persönlichen Erfahrungen bezüglich 'Flucht und Vertreibung' in den Rang der öffentlichen Erinnerungskultur zu erheben. Das Anliegen, die Erinnerung an 'Flucht und Vertreibung' zu institutionalisieren, fand seinen Ausdruck in vielfältigen Erscheinungsformen. Nur einige seien erwähnt:

Errichtung eines eigenen, vor allem der symbolischen Politikvermittlung dienenden Bundesministeriums für Angelegenheiten der Vertriebenen; das 1953 verabschiedete Bundesvertriebenenengesetz mit seiner Bestimmung für Bund und Länder, das "Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und des gesamten deutschen Volkes zu erhalten" und die wissenschaftliche Forschung zu Vertreibung und Eingliederung zu fördern; die offizielle Gedenkkultur der Bundesrepublik zu 'Flucht und Vertreibung'; die Einrichtung der genannten Organisationseinheit des Bundesarchivs und nicht zuletzt die Anregung, Finanzierung und Durchführung des größten zeitgeschichtlichen Forschungsvorhabens in den Anfangsjahren der Bundesrepublik - der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa". Eine entsprechende Publikation kündigte Bundeskanzler Konrad Adenauer bereits in seiner ersten Regierungserklärung an.

Die "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" war eine regierungsamtliche, geschichtspolitisch motivierte Auftragsarbeit. Sie wurde von einer hochkarätig

besetzten, unabhängigen Wissenschaftlichen Kommission unter der Leitung des Kölner Historikers Theodor Schieder erarbeitet. Ihr gehörten im Laufe der Zeit u.a. mit Hans Rothfels, Werner Conze, Hans Booms, Martin Broszat, Hans-Ulrich Wehler drei Generationen der die deutsche Geschichtswissenschaft prägenden Wissenschaftler an, sowie mit Adolf Diestelkamp ein Archivar und mit Rudolf Laun ein Völkerrechtler.

Anders als der ursprüngliche Plan der Regierung, eine Dokumentation ausschließlich der Vertreibungsverbrechen erarbeiten zu lassen, also ein klassisches Farbbuch, setzte sich die Kommission zum Ziel, "die Massenausweisung der Deutschen ... in allen ihren Phasen", "den Gesamtvorgang der Vertreibung in historischer Treue zu erfassen", um "der Nachwelt von den ungeheuerlichen Vorgängen im Osten Europas am Ende des Zweiten Weltkriegs authentische Kunde zu tun".

Angesichts des Fehlens herkömmlicher Akten griff man auf "Ersatzquellen" zurück, die in der Ost-Dokumentation zusammengefaßte Sammlung an Primärerfahrungen.

Die Kommission entwickelte eine Methodik zum Sammeln von Erlebnisberichten, die sich deutlich von dem bis dahin praktizierten, allein auf Vertreibungsverbrechen beschränkten Verfahren unterschied. Außerdem entwickelte die Kommission ein eigenes Verfahren zur Auswertung der Berichte.

Anhand formaler Kriterien wurden die Berichte authentifiziert, ihre Echtheit wurde geprüft; inhaltliche Kriterien bildeten die Grundlage für deren Verifizierung, d.h. ihre Glaubwürdigkeit wurde festgestellt; und schließlich entschied die faktische Aussagekraft der Berichte im Hinblick auf den Gesamtvorgang des Vertreibungsgeschehens über deren Verwendbarkeit.

Mit einem solchen Verfahren meldete die Kommission, ihrem wissenschaftlichen Selbstverständnis entsprechend, Zweifel an der Geltung der in den Berichten enthaltenen Aussagen an. Die Primärerfahrung der Zeitzeugenberichte wurde kritisch hinterfragt und damit wissenschaftlich "diszipliniert".

Die so ermittelten "historischen Tatsachen" - persönliche Einschätzungen und Gefühlsäußerungen wurden dem Ziel der Publikation entsprechend bewußt herausgefiltert - flossen in die fünf Publikationen (im wesentlichen Quellenbände) zu den Gebieten östlich der Oder und Neiße, zu Ungarn, Rumänien, zur Tschechoslowakei, zu Jugoslawien und in die drei Tagebuchaufzeichnungen beinhaltenden Beihefte ein. Vier der Hauptbände wurden in gekürzten Ausgaben auch auf Englisch veröffentlicht.

Die Kommission lieferte aber nicht nur Quelleneditionen zu 'Flucht und Vertreibung' aus den einzelnen Gebieten und Staaten. Sie verknüpfte auch die Aussagen der Berichte untereinander und diese wiederum mit den spärlichen amtlichen Quellen. Beide ordnete sie in den zeitgenössischen Kontext ein und bot damit Erklärungen für die Ursachen, Voraussetzungen, den Ablauf und die Folgen von 'Flucht und Vertreibung' an, die in den Zeitzeugenberichten weitgehend fehlen.

Die Ergebnisse dieses Deutungsangebots fanden ihren Niederschlag in den von Band zu Band immer umfangreicheren, den Quelleneditionen vorgeschalteten wissenschaftlichen Darstellungen. Darin setzte sich die Wissenschaftliche Kommission mit der Geschichte der jeweiligen deutschen Minderheit in ihrem nationalstaatlichen Kontext auseinander, vor allem auch mit der spezifischen Ausprägung ihrer Geschichte in der Zwischenkriegs- und NS-Zeit bis hin zu der Entwicklung nach 1945 und der Stabilisierung der kommunistischen Systeme in den Herkunftsländern der Flüchtlinge und Vertriebenen.

Das natürliche Spannungsverhältnis zwischen Primärerfahrung und Wissenschaft wurde im Rahmen der "Dokumentation der Vertreibung" dadurch aufgelöst, daß die Zeitzeugenberichte einer quellenkritischen Beurteilung unterzogen wurden.

Das Erlebte wurde in Erkenntnis umgewandelt. Aber gerade mit den so methodisch abgesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen, insbesondere mit der historischen Einordnung von

'Flucht und Vertreibung' in den Kontext der deutschen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts ertete die Wissenschaftliche Kommission massiven Widerspruch von Seiten der Vertriebenenverbände. Deren scharfe und nachhaltige Kritik konnte die Wissenschaftliche Kommission nur mit Hilfe der schützenden Hand des Bundesvertriebenenministers Theodor Oberländer abwehren.

In Widerspruch geriet die Wissenschaftliche Kommission auch mit dem Auftraggeber der Dokumentation. Anders als von der Regierung erwartet, bestätigten die von der Kommission gelieferten Darstellungen zu 'Flucht und Vertreibung' nicht die regierungsamtlich propagierte Erinnerungskultur, in der die ausgewiesene deutsche Bevölkerung als bloßes Opfer einer angeblich voraussetzungslosen 'Flucht und Vertreibung' angesehen wurde. Im Gegenteil: Dem Totalitarismus-Ansatz verpflichtet interpretierte die Wissenschaftliche Kommission 'Flucht und Vertreibung' als Teil einer langen Kette von Zwangsmigrationen in der europäischen Geschichte, für die die Idee des ethnisch reinen Nationalstaats eine wesentliche Triebfeder bildete.

Diese, seit dem 19. Jahrhundert vom Nationalismus genährte Kette reichte von den Umsiedlungen während des ersten und zweiten Balkankriegs, den Bevölkerungsverpflanzungen als Folge des Ersten Weltkriegs, dem 1923 in der Konvention von Lausanne bestätigten griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch, den Umsiedlungen im sowjetischen Bereich und auch der nationalsozialistischen Umsiedlungs- und Vertreibungspolitik bis hin zu den Umsiedlungen am Ende des Zweiten Weltkriegs.

In diesen größeren Zusammenhang wurden 'Flucht und Vertreibung' der Deutschen eingeordnet, für die als zusätzliche Faktoren mit katalytischer Wirkung die nationalsozialistische Umsiedlungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik sowie die neue globale und europäische machtpolitische Konstellation am Ende des Zweiten Weltkriegs gesehen wurden. ...

Der von Anfang an geplante sechste und letzte Band der 'Dokumentation der Vertreibung', in dem die skizzierte Kontextualisierung von 'Flucht und Vertreibung' einschließlich der nationalsozialistischen Eroberungs-, Besatzungs- und Umsiedlungspolitik vorgenommen wurde, ist, obwohl er weitestgehend fertiggestellt war, nicht mehr erschienen. ...

Der Band ist auch deshalb nicht erschienen, weil seine Fertigstellung von dem sich gewandelten Verhältnis der bundesdeutschen Gesellschaft und auch der deutschen Geschichtswissenschaft zur NS-Zeit in den Schwellen Jahren um 1960 eingeholt wurde. Der bis dahin in der offiziellen Erinnerungskultur der Bundesrepublik gepflegte Opferdiskurs - Deutsche als Opfer Hitlers und des "alliierten Unrechts von Potsdam" - verwandelte sich spätestens seit dem Ulmer Einsatzgruppenprozeß von 1958 und der Errichtung der "Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen" in Ludwigsburg in einen Täterdiskurs.

Deutsche wurden in zunehmendem Maß als "Täter" gesehen. Die während des Nationalsozialismus von Deutschen begangenen Verbrechen stellten von nun an jene an Deutschen während der Vertreibung begangenen in den Schatten. Der Holocaust wurde zum Flucht- und Bezugspunkt auch für die Einschätzung und Auseinandersetzung mit 'Flucht und Vertreibung'.

Ein rigoroser Dualismus von Nationalsozialismus und Holocaust einerseits und 'Flucht und Vertreibung' andererseits, der in der "Dokumentation der Vertreibung" im Ansatz wissenschaftlich überwunden worden war, bestimmte fortan die politische, öffentliche und, soweit sie sich mit 'Flucht und Vertreibung' überhaupt noch beschäftigte, auch die zeitgeschichtliche Forschung in der Bundesrepublik. ...

III. Wirkensgeschichte

Ein Verkaufserfolg wurden die schwarzen, mit einem weißen Umschlag versehenen Bände nicht, sollten sie den Planungen des Bundesvertriebenenministeriums folgend auch gar nicht werden. Die Hälfte der zwischen acht- und zehntausend Exemplare starken Auflagen der einzelnen Bände wurde kostenlos wissenschaftlichen und öffentlichen Einrichtungen des In- und

Auslands zur Verfügung gestellt.

Im Bundesinnenministerium, auf das die Zuständigkeit für die "Dokumentation der Vertreibung" nach der 1969 erfolgten Auflösung des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte übergegangen ist, wurde 1975 kurz und bündig resümiert: "Es hat sich gezeigt, daß die 'Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa' aus den Jahren 1952 bis 1961 weitgehend unbekannt ist bzw. geblieben ist."

Für diese Einschätzung spricht der Umstand, daß selbst das zuständige Ministerium falsche Angaben zu den Erscheinungsjahren der "Dokumentation der Vertreibung" machte. Eine Ausnahme bildet es damit aber nicht. Bis heute wird die Publikation in den allermeisten Fällen nicht mit den richtigen Erscheinungsjahren angeführt, auch in wissenschaftlichen Publikationen nicht.

Sicher noch schwerer als ein solches "bibliographisches Versehen" wiegt ein anderes Argument, das gegen die Verbreitung der "Dokumentation der Vertreibung" und auch gegen eine breite Rezeption spricht. Bis zum Jahr 2000 lagerten im Bücherdepot des Bundesministeriums des Inneren noch Hunderte von originalverpackten Exemplaren einzelner Bände der Reihe. Die Zahl der jeweils vorhandenen Bände ist ein deutliches Indiz für die unterschiedliche zeitgenössische Kritik, die die einzelnen Bände erfahren hatten.

Weitaus größer war der publizistische Erfolg und damit die Verbreitung, den insbesondere eines der drei Beihefte der "Dokumentation der Vertreibung" verbuchte. An der Jahreswende 1961/62 führte "Ein Bericht aus Ost- und Westpreußen 1945-1947. Aufzeichnungen von Hans Graf von Lehndorff" die Bestsellerliste des deutschen Buchhandels an, allerdings nicht als Reihentitel der "Dokumentation der Vertreibung".

Der Biederstein Verlag hatte gleich nach der Erstveröffentlichung die Lizenz für den Band erworben und ihn unter dem neuen, verkaufsfördernden Titel "Ostpreußisches Tagebuch" aufgelegt. Noch im Erscheinungsjahr wurde das Buch in der zehnten Auflage mit insgesamt fast 200.000 Exemplaren gedruckt. Englische, finnische, niederländische, italienische, französische und schwedische Ausgaben des Bandes erschienen zwischen 1963 und 1965.

Damit wurde der bis heute andauernde Erfolg von Graf Lehndorffs Bericht eingeleitet. Derzeit ist der Band in der 21. Auflage von Beck und in der 25. Auflage von "dtv" im Buchhandel erhältlich. Daß es sich dabei um das dritte Beiheft der "Dokumentation der Vertreibung" handelt, ist weitgehend in Vergessenheit geraten.

Auf die "Dokumentation der Vertreibung" geht eine weitere Publikation zurück, die ein Eigenleben entwickelt hat. Sie trägt den Titel "Dokumentation der Vertreibungsverbrechen". Mit ihr wurde das Anliegen wieder aufgegriffen, das die Bundesregierung schon 1949 anvisiert hatte. Im Zusammenhang mit der juristischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen brachten CDU und CSU den Vorschlag in die parlamentarischen Debatten zu 'Flucht und Vertreibung' ein, auch die während der Vertreibung an Deutschen begangenen Verbrechen zu dokumentieren. Die Dokumentation sollte als Grundlage dienen, um unter Umständen juristische Ermittlungen gegen Verantwortliche einzuleiten.

1969 einigte sich die Große Koalition darauf, eine solche Dokumentation erarbeiten zu lassen. Sie war nur für den internen Gebrauch bestimmt und sollte nicht veröffentlicht werden. Der 1974 vom Bundesarchiv vorgelegte Bericht fußt auf den Zeitzeugenberichten der Ost-Dokumentation und der "Dokumentation der Vertreibung". Obwohl er im Vergleich zur "Dokumentation der Vertreibung" keine neuen Erkenntnisse brachte - daß er die Zahl der Todesopfer deutlich geringer ansetzte, wurde geflissentlich übersehen -, bildete der Bericht den Ausgangspunkt langer und heftiger parteipolitischer Auseinandersetzungen zu 'Flucht und Vertreibung'.

CDU und CSU bestanden trotz des anderslautenden Beschlusses auf einer Veröffentlichung. Sie versprachen sich davon Munition gegen die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition.

Die Regierung wiederum wollte unter allen Umständen das zarte Pflänzchen Ostpolitik vor zusätzlichem rauhen außenpolitischen Gegenwind schützen und verweigerte, sich auf den formalen Beschluß stützend, eine Veröffentlichung.

Durch eine von der Opposition bewußt herbeigeführte Indiskretion wurde der Bericht einem dem konservativen Lager gewogenen Verleger zugespielt. Er veröffentlichte den Bericht 1975 als Raubdruck unter dem Titel "Verbrechen an Deutschen. Die Opfer im Osten. Endlich die Wahrheit, die Bonn verschweigt."

Die von der Opposition gewünschte Breitenwirkung erhielt der Bericht jedoch erst durch ein anderes Medium. 1979, kurze Zeit nach Ausstrahlung der Holocaust-Serie wurde auf der Grundlage des Raubdrucks in der Fernsehsendung "Report" ein Bericht über die Verbrechen, die bei Kriegsende an Deutschen verübt wurden, ausgestrahlt. Er sorgte für großes Aufsehen und bescherte dem Raubdruck eine zweite und dritte Auflage.

Anders als erwartet, ebnete auch der Regierungswechsel 1982 nicht sofort den Weg zur Veröffentlichung des Berichts. Erst 1989 sollte er zusammen mit anderen vom Bundesarchiv verfaßten Texten mit offizieller Genehmigung in einer Publikation der "Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen" erscheinen.

Die seit Anfang der 1980er Jahre neue machtpolitische Konstellation in Bonn hatte zunächst zu Plänen geführt, den Bericht des Bundesarchivs zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges zu veröffentlichen. Als sich dieses Vorhaben an politischen Überlegungen zerschlug, wurden 1984 kurzerhand die Hauptbände der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" vom Deutschen Taschenbuch Verlag neu aufgelegt, dieses Mal mit größerem Erfolg als bei der Erstauflage.

Dazu hatte neben einem neuen Umschlag auch das gestiegene öffentliche Interesse an der Thematik beigetragen. In Folge des politischen Umbruchs in Europa und der deutschen Vereinigung legte der Weltbild Verlag 1993 und 1994 eine Sonderausgabe der "Dokumentation der Vertreibung" auf. Bis auf den Umschlag, ein Vorwort und eine neue Bandzählung ist sie identisch mit der Originalausgabe.

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts erreichten die neuen Medien auch die "Dokumentation der Vertreibung". Im Verlag United Soft Media erschien eine DVD und ein CD-ROM Paket mit dem Titel "Gegen das Vergessen. Die große Flucht. Umsiedlung, Vertreibung und Integration der deutschen Bevölkerung". Sie beinhaltet neben den Bildern einer Fernsehdokumentation des Zweiten Deutschen Fernsehens zu 'Flucht und Vertreibung' auch den Text der Hauptbände der "Dokumentation der Vertreibung".

Schließlich brachte der Deutsche Taschenbuch Verlag 2004, rechtzeitig zum bevorstehenden 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, eine weitgehend unveränderte Neuauflage der "Dokumentation der Vertreibung" heraus. Auf einen einleitenden Kommentar zu den nun mehr als 50 oder über 40 Jahren alten Publikationen wurde verzichtet, weil, so der Verlag, "die Dokumente für sich sprechen".

Die Neuauflagen der "Dokumentation der Vertreibung" machen deutlich, daß die Publikation ihre Verbreitung in erster Linie den bereitgestellten Zeitzeugenberichten verdankt. Auch in der nach wissenschaftlichen Kriterien "gefilterten Form" haben die individuellen Schilderungen von 'Flucht und Vertreibung' bis heute ihre Wirkung nicht verloren.

Dieser vielstimmige und zugleich doch einem Motiv - 'Flucht und Vertreibung' - verpflichtete Chor individueller Perspektiven war es und ist es noch immer, der Interesse findet. Der eingeschränkte Blick der persönlichen Erfahrungen erlaubt es, das eigene Leid zu thematisieren, ohne nach den Ursachen fragen zu müssen. Dagegen ist die Einordnung von 'Flucht und Vertreibung' in den Zusammenhang der deutschen und europäischen Geschichte sowie der Zwangsmigrationen des 19. und 20. Jahrhunderts, wie sie im Rahmen der "Dokumentation der Vertreibung" ansatzweise vorgenommen worden ist, kaum rezipiert worden und immer um-

stritten geblieben.

IV. Folgen

'Flucht und Vertreibung' blieb in der Bundesrepublik, daran läßt die Geschichte der "Dokumentation der Vertreibung" keinen Zweifel, trotz aller Anstrengungen und Bemühungen von Seiten der Interessenverbände, der Politik und zeitweilig auch der zeitgeschichtlichen Forschung gruppen- und trügerspezifisch verankert. Auch die noch so intensiven und breiten, offiziellen geschichtspolitischen Bemühungen haben es bis zum Ende des letzten Jahrhunderts nicht vermocht, 'Flucht und Vertreibung' über die Stufe des kommunikativen Gedächtnisses zu heben.

Daß es, wie anhand der Geschichte der "Dokumentation der Vertreibung" deutlich geworden ist, trotz der vielfältigen und nachhaltigen Versuche nicht gelungen ist, 'Flucht und Vertreibung' einen Platz im deutschen kulturellen Gedächtnis zu sichern, ist auf ein ganzes Bündel von Ursachen zurückzuführen, von denen hier lediglich drei angesprochen werden sollen.

Erstens war die Diskussion über 'Flucht und Vertreibung' eine im wesentlichen von politischen Argumenten getragene, stark polarisierte Auseinandersetzung. Dabei hatten außen- und deutschlandpolitische Gesichtspunkte zur Folge, daß die Debatte fast ein halbes Jahrhundert auf dem Stand verharrte, der ihren Ausgangspunkt gebildet hatte: eine von einem rechtlichen Standpunkt bestimmte Position, welche durch die Blocksituation in Europa nach 1945 bedingt war und von ihr ihre andauernde Rechtfertigung erhielt.

Damit eng verbunden ist zweitens eine nicht zu unterschätzende spezifisch deutsche, innenpolitische Entwicklung. Die Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik beschränkte sich seit den Schwellen Jahren um 1960 auf die Erforschung und den Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Sie war seither auch der Bezugspunkt für den Umgang mit dem Vertreibungsgeschehen. Dieser Bezug wurde aber in der politischen Diskussion auf eine Kausalbeziehung zwischen NS-Verbrechen und den Vertreibungs-Verbrechen reduziert.

Die Folge: Der parteipolitisch instrumentalisierte Vertreibungskomplex wurde nicht oder nur einseitig in der bundesdeutschen Erinnerungskultur verankert. 'Flucht und Vertreibung' blieben das Thema einer partiellen, von rechtlichen Gesichtspunkten bestimmten Erinnerungskultur der Betroffenen.

Aber nicht allein diese Faktoren haben, wie Dan Diner es formulierte, das Gedächtnis neutralisiert. Auch die deutsche zeitgeschichtliche Forschung hat Anteil daran, weil sie ihrer Aufgabe, kritische Aufklärungsarbeit zu leisten, in diesem Bereich äußerst unzulänglich nachgekommen ist.

Seit Anfang der 1960er Jahre hat sich die deutsche Zeitgeschichte von der Erforschung des Komplexes 'Flucht und Vertreibung' verabschiedet. Nur einige Indizien dafür sollen anhand des hier vorgestellten Beispiels erwähnt werden. Die "Dokumentation der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa" blieb unvollendet. Der umfangreiche Quellenfundus der Ost-Dokumentation war seither kein Thema der Forschung mehr.

Untersuchungen zu Einzelaspekten des Themenkomplexes wurden gelegentlich und erst seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wieder durchgeführt. Im Unterschied zur Erforschung des Eingliederungsprozesses der Flüchtlinge und Vertriebenen insbesondere auf regionaler Ebene ist die Zahl der Studien zu 'Flucht und Vertreibung' äußerst gering. ...

Eine Gesamtdarstellung von 'Flucht und Vertreibung' gibt es nach wie vor nicht. Neuauflagen der "Dokumentation der Vertreibung" können darüber nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil, sie offenbaren gerade in der gegenwärtigen Diskussion um 'Flucht und Vertreibung' diese große Lücke um so schmerzhafter.

Im wesentlichen steht die Forschung heute noch vor der Aufgabe, vor der die "Dokumentation der Vertreibung" Anfang der 1960er Jahre stand: 'Flucht und Vertreibung' aus der monokausalen Beziehung zur nationalsozialistischen Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik

zu lösen, 'Flucht und Vertreibung' in den Kontext der europäischen Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts zu stellen, in den beide Komplexe gehören, und damit eine ihrer gemeinsamen Wurzeln, die Idee des ethnisch reinen Nationalstaats, offen zu legen.

Erst wenn diese Zusammenhänge zum politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Gemeingut geworden sind, werden die Voraussetzungen gegeben sein, daß sich das deutsche historische Gedächtnis nicht mehr so "merkwürdig unsicher" zu 'Flucht und Vertreibung' verhält. ...<<

16.07.1969

BRD: Das Bundesarchiv in Koblenz wird am 16. Juli 1969 durch Erlaß des Bundesministers des Innern aufgefordert, das vorliegende Material über Nachkriegsverbrechen an Deutschen auszuwerten und eine Dokumentation zusammenzustellen.

USA: Das US-Mondlande-Unternehmen "Apollo 11" startet am 16. Juli 1969.

Am 21. Juli 1969 betritt Neil Armstrong (1930-2012) als erster Mensch den Mond mit den Worten: "Das ist ein kleiner Schritt für einen Menschen - aber ein großer für die Menschheit". Ihm folgt Edwin Aldrin (*1930), während Michael Collins (*1931) im Mutterschiff um den Mond kreist und auf die Rückkehr der Landefähre wartet. Alle Phasen des Unternehmens werden durch das US-Fernsehen weltweit übertragen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 07/2019 berichtet später (im Juli 2019) über die US-Mondlandung: >>Lügen im Weltraum

_ von Gerhard Wisnewski

Fake News: Auch 50 Jahre nach der Mondlandung ist es der NASA nicht gelungen, ihre Heldengeschichte wasserdicht zu machen. Im Gegenteil! Im Laufe der Zeit bekam die Legende von der ersten bemannten Mission zu unserem Himmelstrabanten immer mehr Löcher.

Nicht viele Bücher können nach 14 Jahren noch genauso stehen bleiben wie an ihrem ersten Erscheinungstag. Bei Lügen im Weltraum ist das jedoch der Fall. Hier gibt es nichts zurückzunehmen oder zu korrigieren. Die hier festgestellten Tatsachen und Sachverhalte sind samt und sonders sorgfältig belegt und begründet. Dennoch ist die Zeit seitdem natürlich nicht stehen geblieben - die Überzeugungskraft der Argumente, die die NASA für ihre Version der Ereignisse hervorbringt, erlitt vielmehr einen Tiefschlag nach dem anderen.

Ein Hollywood-Märchen?

Im Jahr 2006 stellte sich heraus, daß die Original-Videobänder der Mondlandungen verschwunden waren. "Insgesamt würden über 700 Kisten vermißt", schrieb Spiegel Online (15.8.2006). "Auch das vielleicht wichtigste Video der bemannten Raumfahrt fehlt: das Band, das die ersten Schritte von Neil Armstrong und Edwin "Buzz" Aldrin auf dem Mond zeigt." Nicht zu fassen! Ausgerechnet die Videobänder dieses welthistorischen Ereignisses waren verschwunden - was sogar die Vorstellungskraft der kühnsten Verschwörungstheoretiker übertroffen haben dürfte.

Im Vorfeld des 40. Jahrestages der ersten bemannten Mondlandung im Jahr 2009 erklärte die NASA, dass die Bilder nach wie vor unauffindbar seien. Plötzlich präsentierte die Weltraumbehörde statt dessen "aufwendig restaurierte Aufnahmen der Mondlandung" (Spiegel Online, 18.7.2009). Die Qualität sei im Vergleich zu altem TV-Material erheblich verbessert worden, hieß es auf der Website des TV-Senders N-TV: Laut Frankfurter Rundschau wurde das Material "von einer Firma in Hollywood" angefertigt (17.7.2009).

Ob das wirklich eine gute Nachricht war? Denn was heißt in diesem Zusammenhang wohl "restauriert"? Und "verbessert"? Oder gar "angefertigt"? Und zwar ausgerechnet in Hollywood? War das nicht genau das, was man der NASA immer vorgeworfen hatte - nämlich dass sie die Mondlandungen in Hollywood hatte produzieren lassen? Und wie kann man etwas restaurieren, was gar nicht mehr vorhanden ist?

Erklärung: Da das Originalmaterial verschollen sei, stammten die aufpolierten Bilder "von

abgefilmtem TV-Material und anderen Kopien" (Spiegel Online). Weil das Videosystem der NASA seinerzeit nicht mit den TV-Netzwerken kompatibel gewesen sei, habe man die Aufnahmen vom Mond von einem Bildschirm abgefilmt und erst dann in alle Welt übertragen (heise.de, 15.8.2006).

Demnach hatte es die NASA also versäumt,

- diese welthistorischen Beweise für den glorreichen Sieg der USA im Wettrennen zum Mond sorgfältig zu archivieren,
- die Videobänder fachgerecht zu konservieren,
- die Bilder rechtzeitig auf modernere Speichermedien zu überspielen, wie beispielsweise DVDs.

In einer Zeit, in der schon Otto Normalverbraucher mindestens eine Sicherungskopie seiner Daten anlegt, ist das wirklich kaum zu glauben.

Wenn ein Kosmonaut erzählt

Meine Kritiker sagen: Die Sowjets hätten doch widersprochen, wenn die Amerikaner die bemannten Mondlandungen nur vorgetäuscht hätten. Allerdings saßen die Russen selbst im Glashaus, wie die verheimlichten Toten der ersten sowjetischen Raumflüge und der dubiose Gagarin-Flug zeigen. Auch bei den Sowjets bestanden die Raumfahrtprogramme aus Täuschen, Tricksen und Tarnen. Zweitens hat ein Russe ja sogar ausgepackt, nur hat das niemand groß zur Kenntnis genommen.

Zum 40. Jubiläum der ersten bemannten Mondlandung 2009 plauderte Alexej Leonow, berühmter Kosmonaut und "Held der Sowjetunion" (der unter anderem 1965 den ersten sogenannten Raumpaziergang absolvierte), aus dem Nähkästchen. Leonow ist mit einigen US-Astronauten eng befreundet und daher auch ein intimer Kenner der US-Raumfahrt. Gemeinsam mit den amerikanischen Astronauten ist er Mitglied der internationalen Association of Space Explorers, die regelmäßige Treffen und Reisen für ihre Mitglieder veranstaltet.

Im Rahmen eines flammenden Plädoyers für die Faktizität der Mondlandung bestätigte der sowjetische Spitzenkosmonaut gleichzeitig, dass Teile der Mondlandung in einem Hollywood-Studio gedreht wurden. "Die entsprechenden Gerüchte über eine Fälschung seien darauf zurückzuführen, dass ein Studio in Hollywood in der Tat einige Szenen im Nachhinein gedreht habe", berichtete RIA Novosti und zitierte Leonow dabei wie folgt: "Man konnte ja von der Mondoberfläche aus nicht aufnehmen, wie Neil Armstrong erstmals die Luke von innen öffnet und die Treppe herunterklettert!" Momente wie diesen habe man später im Studio gedreht, um die "Logik des Geschehenen beizubehalten". ...

Aus dem aktuellen Nachwort der Neuauflage von Gerhard Wisnewskis Bestseller "Lügen im Weltraum. Von der Mondlandung zur Weltherrschaft" (Kopp Verlag, Juni 2019 ...). ...<<

04.08.1969

BRD: Der Bundestag beschließt am 4. August 1969 die Verlängerung von Verjährungsfristen. Die Verjährungsfrist für Mord wird auf 30 Jahre verlängert, um die weitere Verfolgung von NS-Verbrechen zu ermöglichen. Die Verjährung für Völkermord wird generell aufgehoben.

31.08.1969

BRD: Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen fordert am 31. August 1969 die Wahrung ihrer Rechte (x155/163): >>... Wir bekennen uns zu Pflichten gegenüber unserem Staat und beanspruchen Rechte: ...

3. Die Obhutspflicht des Staates für die ihm anvertrauten Menschen verlangt nicht nur soziale und wirtschaftliche Fürsorge. Dem Staat obliegt namentlich auch die außenpolitische Rechtswahrung. Nur bei Erfüllung dieser Aufgaben sind die Menschenrechte des einzelnen und die Selbstbestimmung des Volkes gesichert. Das schließt auch unsere Mitbürger in den fremdverwalteten Gebieten ein.

4. Verzicht auf Gewalt ist selbstverständliche Grundlage jedes Friedens. Gewaltverzicht ist

keine politische Kapitulation. Er befreit die Bundesrepublik nicht vom Ringen um die Rechte Deutschlands und seiner Menschen. ...<<

01.09.1969

BRD: Bundespräsident Gustav Heinemann (1899-1976) erklärt am 1. September 1969 in einer Fernseh- und Rundfunkrede zum 30. Jahrestag des Kriegsbeginns (x064/IX-XI): >>Liebe Mitbürger!

Heute vor 30 Jahren, am 1. September 1939, begann das schauerliche Drama, das wir den Zweiten Weltkrieg nennen. ...

... Über den Ausgang des Krieges zu sprechen ist müßig. Vergessen wollen wir aber nicht, daß über 55 Millionen in aller Welt im Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren haben. Noch mehr Menschen verloren in aller Welt als Vertriebene und Umsiedler ihre Heimat. Allein aus den Gebieten hinter der Oder und Neiße und dem übrigen Osteuropa wurden 17 Millionen deutsche Menschen von diesem Schicksal betroffen. ...

Was mit dem ehemaligen "Erbfeind" Frankreich zu unserer großen Befriedigung erreicht ist, steht gegenüber den östlichen Nachbarn und zumal gegenüber Polen als eine ungelöste Aufgabe noch immer vor uns.

Polen war das erste Opfer des Überfalls von 1939. Sein Anteil an Toten des Krieges macht allein 6 Millionen aus, von denen 0,7 Millionen als Soldaten umkamen, die übrigen mehr als 5 Millionen aber willkürlicher Ausrottung zum Opfer fielen.

Was immer die Verantwortlichen in Polen 1939 an Argumenten für Hitlers Handeln beigetragen haben mögen und wie schwer auch das Los unser Landsleute gewesen ist, die 1945 das Opfer des Verlustes ihrer Heimat jenseits von Oder und Neiße bringen mußten, so kann nichts daran vorbeiführen, daß es zwischen Polen und uns nicht so bleiben kann. Auch hier gilt es, die alten Gräben endlich zuzuschütten, so fest, daß niemand mehr einbrechen kann. ...

... Laßt uns deshalb heute bei der 30. Wiederkehr des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg ausbrach, dieses Doppelte bedenken: Wir müssen einen neuen Anfang zwischen uns und unseren östlichen Nachbarn, zumal mit Polen, setzen.

Wir müssen der Geißel neuer Kriege entschlossen begegnen. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 1. September 1969: >>**Gotteslästerung nicht mehr strafbar** ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung (§ 166) abgeschafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bestraft - bis zu 3 Jahren.

Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Straffbar ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<

>>**Homosexualität straffrei** ... Änderung von § 175: Liebe zwischen Männern ab 21 ist straffrei ...<<

28.09.1969

BRD: Während der 6. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 28. September 1969 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 46,1 %, SPD = 42,7 %, FDP = 5,8 %, Sonstige = 5,4 %.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 3.10.2009) über die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag (x887/...): >>**Die erste "Wende"**

Erstmals seit der Weimarer Zeit kann die SPD mit Brandt wieder den Kanzler stellen

Die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969 brachte die Bundesrepublik Deutschland auf einen neuen Kurs. Erstmals in ihrer Geschichte stellte die CDU/CSU nicht mehr den Bundeskanzler.

Zwar ging die Union, der in Umfragen eine absolute Mehrheit vorausgesagt worden war, mit 46,1 Prozent der Stimmen und 242 Parlamentssitzen wieder als stärkste Kraft aus dem Urnengang hervor, doch konnte die SPD mit 42,7 Prozent erstmals die 40-Prozent-Marke über-

schreiten. Die FDP dagegen mußte mit nur noch 5,8 Prozent der Stimmen herbe Verluste hinnehmen. Der Wahl vorausgegangen waren der Bruch der Koalition aus CDU/CSU und FDP, der Rücktritt Ludwig Erhards als Bundeskanzler im Jahre 1966 und die Bildung einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD, die im Laufe der Zeit immer brüchiger geworden war.

Nach der Wahl reklamierte der Fraktionsvorsitzende der Union, Rainer Barzel, den Führungsanspruch für seine Partei, doch auch die SPD hoffte auf eine Regierungsbeteiligung. Tatsächlich hatte jedoch keine der drei im Bundestag vertretenen Parteien eine entscheidende Mehrheit erringen können. Die NPD fiel als Mehrheitsbeschaffer aus, da sie nach einer Serie von Wahlerfolgen wider Erwarten knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war. Zünglein an der Waage wurde Walter Scheel, der Erich Mende als FDP-Parteivorsitzender abgelöst, die Partei reformiert und die Wende von der national- zur linksliberalen Orientierung eingeleitet hatte. Bereits drei Tage vor der Wahl hatte er signalisiert, zu einer Koalition mit der SPD bereit zu sein.

Nach der Bekanntgabe der ersten zuverlässigen Hochrechnungen trat der SPD-Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat Willy Brandt vor die Presse und erklärte, die SPD sei "die größte und stärkste Partei" und er habe die FDP wissen lassen, daß er zu Verhandlungen über eine Regierungsbildung bereit sei. Noch in der Nacht begannen die Koalitionsgespräche. Obwohl das Wählervotum ein anderes Ergebnis nahelegte und die Union die stärkste Fraktion im Bundestag blieb, mußte sie nach 20 Jahren die Macht abgeben und in die Opposition gehen.

Am 21. Oktober wählte der Bundestag Willy Brandt mit den Stimmen von SPD und FDP zum Bundeskanzler. Damit stand 39 Jahre nach dem Kabinett Hermann Müller wieder ein Sozialdemokrat an der Spitze einer deutschen Regierung. Seinem Kabinett gehörten elf SPD-Minister, drei von der FDP und ein Parteiloser an. Walter Scheel wurde Vizekanzler und Außenminister.

Die sozialliberale Koalition läutete einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel ein, der tiefe Einschnitte brachte. Unter dem Motto "Mehr Demokratie wagen" kündigte Brandt in seiner Regierungserklärung mehr Transparenz und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger an. In der Deutschland- und Ostpolitik verfolgte er einen umstrittenen "Wandel durch Annäherung", um "über ein geregelter Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen".

Diese Politik führte zur weitestgehenden Erfüllung der Forderungen des Ostblocks mit der Konsequenz der Anerkennung der DDR, dem Viermächteabkommen über Berlin und der (wenn auch nicht völkerrechtlich endgültigen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie in den Verträgen von Moskau und Warschau. Nichts illustriert diesen außenpolitischen Kurswechsel deutlicher als der berühmt-berüchtigte Kniefall des Bundeskanzlers vor einem Ehrenmahl in der polnischen Hauptstadt.

Nach der Bundestagswahl kam es in mehreren Ländern ebenfalls zu sozialliberalen Koalitionen. Die FDP verlor hier dennoch deutlich an Boden und wurde durch ihren Seitenwechsel in heftige Flügelkämpfe gestürzt. Auch die NPD litt unter innerparteilichen Kontroversen und konnte nicht mehr an frühere Wahlerfolge anknüpfen, bis sie schließlich in die Bedeutungslosigkeit abrutschte. Willy Brandt mußte 1974 nach der Guillaume-Affäre zurücktreten.

Sein Nachfolger Helmut Schmidt setzte dessen Entspannungspolitik fort, zeigte in der Rüstungsfrage jedoch Härte. Nachdem die FDP erneut umgefallen war, beendete 1982 das erste erfolgreiche konstruktive Mißtrauensvotum in der Geschichte der Bundesrepublik die SPD-Herrschaft.<<

16.10.1969

BRD: Das BdV-Präsidium spricht sich am 16. Oktober 1969 für den Fortbestand des Bundesvertriebenenministeriums aus und berichtet über Anerkennungsfragen (x155/165-167): >>Der BdV nimmt mit Empörung von der in der Presse mitgeteilten Absicht einer zukünftigen SPD/FDP-Koalition Kenntnis, das Entwicklungsministerium aus politischen Gründen auf-

rechtzuerhalten, während ein Fortbestehen des Bundesvertriebenenministeriums aus politischen Gründen nicht für erforderlich gehalten wird.

Der BdV hat nicht das geringste Verständnis dafür, daß die Interessen anderer Völker höher bewertet werden als die nationalpolitischen Interessen des eigenen Volkes, insbesondere eines Viertels seiner Bevölkerung. Ein solcher Schritt könnte als Hinnahme des Gewaltaktes der Vertreibung, der Annexion deutscher Gebiete und die Spaltung Deutschlands aufgefaßt werden. ...

... II. 7. Die Anerkennung einer Gebietsveränderung durch den Staat, dem das Gebiet bisher zustand, bewirkt endgültig den Gebietsverlust. ...

III. ... 9. Die Anerkennung der "DDR" als Staat würde auch die Anerkennung der separaten Staatsangehörigkeit bedeuten, so daß es keine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit mehr gäbe.

IV. 10. Die Regelung der deutschen Ostgrenze ist dem Friedensvertrag mit einer dazu legitimierten Vertretung Gesamtdeutschlands vorbehalten. Jedwede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland würde einer solchen Regelung unzulässigerweise vorgreifen. ...

V. 12. Die 3 westlichen Alliierten haben sich in Art. 2 Abs. 1 des Deutschlandvertrages in seiner Fassung vom 23. Oktober 1954 die von ihnen seit der militärischen Kapitulation in bezug auf Deutschland als Ganzes, einschließlich Berlins und der deutschen Ostgebiete, innegehabten Rechte vorbehalten. Im Falle ihrer Zustimmung zur Anerkennung der "DDR" durch die Bundesrepublik Deutschland würde die Viermächteverantwortlichkeit für Deutschland als Ganzes, einschließlich Berlins und der deutschen Ostgebiete, in Frage gestellt werden. ...<<

22.10.1969

BRD: Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) bildet am 22. Oktober 1969 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtet Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

24.10.1969

BRD: Das BdV-Präsidium verurteilt am 24. Oktober 1969 die Auflösung des Bundesvertriebenenministeriums (x155/168): >>Mit Befremden hat der Bund der Vertriebenen davon Kenntnis genommen, daß das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte aufgelöst und seine Aufgaben und sein Verwaltungsapparat dem Innenministerium zugeteilt worden sind. Das Präsidium hält diese Entscheidung sachlich und politisch für verfehlt und unvertretbar. ...<<

28.10.1969

BRD: Bundeskanzler Brandt kündigt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 umfangreiche Reformen an (geplante Grenzankennung und Verhandlungen mit der DDR).

BdV-Präsident Reinhold Rehs (1901-1971) berichtet damals über die Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt (x155/168): >>Die Regierungserklärung ist hinsichtlich der die Vertriebenen besonders berührenden Fragen weitgehend unklar und unzulänglich.

Mit Genugtuung ist zu verzeichnen, daß die SPD/FDP-Regierung am Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung festhält und daß sie sich zur Wahrung der Einheit der Nation bekennt.

Es fehlt jedoch eine Absichtserklärung hinsichtlich der Vollendung der Einheit Deutschlands, sowohl Mittel- wie Ostdeutschland betreffend. ...<<

27.11.1969

BRD: Die Kultusministerkonferenz vereinbart am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen.

Die Gesamtschule (geht auf die Idee der "Einheitsschule" zurück) wird bereits seit 1948 ge-

fordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintreten, sind CDU/CSU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems (Hauptschule, Realschule und Gymnasium).

01.12.1969

Niederlande: Die Staats- und Regierungschefs der EG verhandeln am 1./2. Dezember 1969 in Den Haag über die Vollendung des Binnenmarktes, Beschleunigung der europäischen Einigung und Erweiterung der EG. Sie beschließen, bis 1980 die Einführung einer stufenweisen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

1969

CSR: Die tschechische Zeitschrift "HOST DO DOMU" veröffentlicht im Jahre 1969 ein Gespräch des Redakteurs Vladimír Blazek mit dem Historiker Milan Hübl (1927-1989) und dem Schriftsteller Jan Procházka (1929-1971) über die Vertreibung der Deutschen (x154/12-15):

>>(Blazek:) ... Das Jahr 1945 ist der Schlüssel zur modernen Geschichte der Tschechoslowakei. Es ist schon die Vergangenheit (hier öffnet sich das Tor zur Zeit der Okkupation), und gleichzeitig ist es auch die Gegenwart, denn seit dem Mai 1945 verging erst ein Vierteljahrhundert. Die Keimzellen der heutigen Probleme, Konflikte, sozial-historischen Ansichten finden wir eben im Jahre 1945. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn ich sage, daß ohne das Jahr 1945 keine Analyse des Jahres 1968 möglich ist. Wenn wir das Jahr 1945 nicht begreifen, können wir keine reale Entwicklung für die Zukunft voraussagen.

Und dennoch wird diese Schlüsselperiode erst in der letzten Zeit Gegenstand einer kritischen Untersuchung, erst in der letzten Zeit erkämpfen sich die Historiker das Recht und die Möglichkeit dazu, den Schleier, der die Geschehnisse nach dem Mai 1945 verhüllt, herunterzureißen. Es stimmt zwar, daß die schöngestige Literatur schon früher den Weg zu dieser Thematik fand, aber Belletristik oder Dramen können nicht die Geschichtswissenschaft ersetzen.

Die Öffentlichkeit ist – was das Verständnis des Jahres 1945 betrifft – noch immer befangen. Sie interpretiert es unkritisch und falsch. Die Interpretation bewegt sich immer noch im Bereich der Mythologie. Dieses undifferenzierte Bewußtsein wird schließlich zum schlechten Gewissen der Nation. Gleichzeitig bleibt es die Quelle verschiedener nationaler und gesamt-politischer Komplexe, wenn die Erklärung der Geschehnisse vom Jahr 1945 im Bereich der Märchen und unkritischen Darstellungen weiterhin verhaftet bleibt.

Wenn wir über die Beziehung von Illusionen und Erkenntnissen in unserer Gesellschaft, über die innere Schichtung unserer Völker, über ihre geistige Beschaffenheit, über den Sozialismus und seine wirkliche Funktion innerhalb der Geschichte sprechen wollen, müssen wir – und das ist die Voraussetzung – ständig zum Jahr 1945 zurückkehren.

(Procházka:) ... Oder der Transfer. Natürlich war es die Entscheidung der Großmächte. Aber kann uns jemand die Verantwortung für die Vertreibung abnehmen? Ich würde es verstehen, wenn es zu einem nationalen Ausgleich im tschechischen Landesinneren gekommen wäre. Wenn in dem Städtchen, das ich meine, etwa 7 deutsche Familien lebten, war es möglich, eine Migrationslösung in Betracht zu ziehen. Aber wir hatten ein ganzes Volk aus einem einheitlichen Gebiet, aus den Städten, Städtchen und Dörfern ausgesiedelt. Jeder durfte nur 50 Kilo mitnehmen, gleich ob er schuldig oder unschuldig war.

Dabei war dem Großteil dieser drei Millionen vertriebenen Deutschen der Krieg ziemlich gleichgültig, und sie beteiligten sich bestimmt nicht an den Verbrechen. Das ist absolut unannehmbar: eine Politik, gleich wie sie begründet wird, die keine Rücksicht auf den einzelnen Menschen nimmt, die nur globale (gerechte) Ziele anstrebt ohne Rücksicht auf das konkrete Schicksal konkreter Menschen, ist tragisch und letztendlich falsch.

(Hübl:) ... Der Gedanke eines Transfers entstand allerdings nicht erst während der Potsdamer Konferenz. In der modernen Geschichte wurde ein Transfer zum erstenmal und im Großen als die Lösung im Konflikt zwischen den Griechen und den Türken nach dem Ersten Weltkrieg

angewandt. Danach kam es zum Transfer der deutschen Bevölkerung auf dem Gebiet der UdSSR nach dem Hitler-Stalin-Pakt im Jahre 1939.

In der tschechischen Widerstandsbewegung kam der erste Vorschlag einer solchen Lösung zuerst nach dem Ausnahmezustand im Jahre 1939 und später als eine ernsthafte politische Forderung erst nach der Schlacht um Stalingrad. Die Führung der KPTsch im Ausland war bis zum Jahre 1944 gegen die Forderung eines Transfers: zunächst in Opposition zum heimatischen Widerstand, später zur Londoner Regierung. Schließlich wurde die Idee des Transfers "einheitlich" angenommen.

Psychologisch kann man begreifen warum es geschah. die Anzahl der SS-Angehörigen, die sich aus den Reihen der Sudetendeutschen und Protektorat-Deutschen rekrutierten, war (im Vergleich zur Einwohnerzahl) relativ groß, höher als bei den Reichsdeutschen.

Ich erlebte die Okkupation und das Jahr 1945 in Brünn, in unserer Straße wohnten zwei deutsche Familien. Vor dem Krieg waren das Menschen, die auf Sauberkeit und Ordnung achteten, selbstverständlich sprachen sie damals auch tschechisch. Während des Krieges wurden sie zu den schlimmsten Bestien, sie wurden zu Gestapo-Spitzeln, keiner wagte vor ihnen, etwas zu sagen.

Bleiben wir aber noch in Brünn; hier entstand die berühmt-berüchtigte Racheaktion – von unten angeregt – und zwar der Marsch der aus Brünn vertriebenen Deutschen über Nikolsburg zur österreichischen Grenze. Eine Aktion, die im Westen als ein Gegenstück zu den Todestransporten verstanden wird. Johann Wolfgang Brügel, ein Historiker mit antifaschistischer Vergangenheit, der zum Transfer sehr kritisch steht, stellt fest, daß einer der Gründe für die lokale Rachsucht der Brüänner darin zu sehen ist, wie der ehemalige deutsche Bürgermeister von Brünn namens Judex seine pro-deutsche Politik in einer überwiegend tschechischen Stadt (während der Okkupation) führte.

Auch wenn man den Transfer psychologisch erklären kann, auch wenn umstritten ist, daß wir mit drei Millionen Deutschen innerhalb der neuen Republik viele Komplikationen gehabt hätten, bedeutet es auf keinen Fall, daß die Lösung, die im Jahre 1945 gewählt wurde, optimal war; damit bin ich mit Procházka einer Meinung; eine Psychose kann kein Verbrechen entschuldigen. Übrigens ein Historiker beschäftigt sich nicht mit Entschuldigungen. Er erklärt lediglich, warum es möglich war, daß eine solche Massenpsychose entstehen konnte. Er soll auch bewerten, inwieweit es auf Dauer gesehen nützlich war, daß die offizielle Politik dieser Massenpsychose unterlag.

(Blazek:) ... Karl Jaspers behauptet, daß unter Hitler zum erstenmal in der Geschichte ein Verbrecherstaat entstand, also nicht nur ein Staat, der einzelne Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübt (wie es nach Jaspers vor dem Nationalsozialismus möglich war). Der nationalsozialistische Staat war ein Gebilde, für welches das Verbrechen ein grundlegendes Mittel zur Erreichung der politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und anderen Zielen war.

Das fühlten anscheinend auch unsere Leute im Jahre 1945, und jeder, der im Dienste dieses Staates war, wurde für die öffentliche Meinung selbst ein Verbrecher, ein Teilhaber an diesem verbrecherischen Staat. Dabei fielen bei dieser Überlegung zwei Details aus dem Blickwinkel: einerseits die Tatsache, daß der überwiegende Teil des tschechischen Volkes im Dienste dieses verbrecherischen Staates während der Okkupation stand (dieses Volk wurde auch von dem verbrecherischen Staat belohnt), und andererseits die Tatsache, daß der Staat, auch wenn es ein totalitärer Staat ist, nie mit dem Volk identisch ist.

Was die Lösung der deutschen Frage durch die Vertreibung betrifft, haben wir wahrscheinlich alle ähnliche Erlebnisse. Auch ich sah in einer Kleinstadt, in der ich am Ende des Krieges lebte, zu, wie ein bewaffneter Revolutionär mit roter Armbinde und einem alten Gewehr auf der Schulter einen nationalsozialistischen Funktionär durch die Straßen führte. Der hiesige Nazi

war barfuß, in zerlumpten Kleidern, und der Revolutionär führte ihn an der Leine. Auf der Straße mußte der Nationalsozialist erklären, daß er an verschiedenen Verbrechen schuldig wäre, und er mußte die vorbeigehenden Passanten um Verzeihung bitten. Dieser Mann flehte um Gnade, aber die Verbrechen, die ihm vorgeworfen wurden (Tod und Gefängnis einiger Stadtbewohner), hatte er nicht begangen.

Wer war aber der Revolutionär mit der roten Binde? Er war einer aus dem Pöbel. Als der Transfer begann, roch der Pöbel Blut und wurde zum Träger der Revolution. So war es übrigens bei allen bewaffneten Revolutionen. Unsere Revolution war nicht imstande, von diesem Pöbel Abstand zu nehmen und das zu bereinigen, was bei der Vertreibung begann und was sich danach fortsetzte.

Die kommunistische Partei, die Partei der Intellektuellen und der kulturtragenden Elite und die Partei des fortschrittlichsten Teils der Arbeiterschaft, wurde leider auch die Partei des Pöbels und biederte sich ihm an. Es war nicht nur die KPTsch, die sich im Jahre 1945 dem Pöbel anbot. Andere Parteien waren auch nicht besser.

(Hübl:) ... Dabei besudelten wir die eigenen politischen Traditionen. Die Benesch-Linie gehörte während der Ersten Republik, was die deutsche Frage betrifft, zu der sanften und aufgeklärten Richtung in Europa. Die Beziehungen zu Beneschs Ministerium und der Weimarer Republik waren sehr korrekt. Noch nach 1933 sind wir nicht nur den Konflikten mit Hitler ausgewichen, sondern wir haben auch nicht den Fehler gemacht, den deutschen Staat mit dem deutschen Volk zu identifizieren.

Nach dem Krieg verrieten wir jedoch die eigene Konzeption, auch was die Sprache und die Rechte der deutschen Minderheit betraf. Bei uns haben die Deutschen während der Ersten Republik die besten Bedingungen gehabt. In der Garantie der Sprachrechte waren wir am großzügigsten unter allen kleinen Staaten östlich der Schweiz. Dieser Tradition der humanen und kulturvollen Lösung haben wir mit einem Strich ein Ende gesetzt.

(Procházka:) ... Im Jahre 1945 hatten wir mehrere Möglichkeiten, unsere Perspektive zu konzipieren. Auch heute gibt es einige offene Möglichkeiten. Aber keine von ihnen wird als real erscheinen, wenn wir nicht imstande sein werden, die Beziehung zum deutschen Volk in Ordnung zu bringen. Wir können doch nicht das deutsche Volk liquidieren und aus Europa wegdenken. Natürlich sind auch die Deutschen verpflichtet, sich mit dem Erbe des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen; uns muß jedoch vor allem die eigene Pflicht interessieren.

(Hübl:) ... Ich will aber noch einmal an die deutsche Frage anknüpfen. Ich las ein Protokoll über eine Regierungssitzung im Jahre 1945, wo Gottwald (KP-Führer, ab Mai 1945 stellvertretender Ministerpräsident) Ripka mit Recht vorwarf, daß die tschechisch national-sozialistischen Journalisten eine antideutsche Kampagne im Großen führten und daß sie das schon aufgewühlte Nationalbewußtsein noch mehr aufwühlten.

In Brünn warfen die National-Sozialisten des öfteren dem Bezirkssekretär Sling (der später im Slánsky-Prozeß zum Tode verurteilt wurde) vor, daß er die Deutschen in Schutz nahm, weil er selbst deutscher (jüdischer) Abstammung war. Oft diskreditierten die National-Sozialisten die Kommunisten mit der Anschuldigung, den in Potsdam beschlossenen Transfer der Deutschen nur zögerlich durchgeführt zu haben. ...<<

USA: Eine US-Regierungskommission berichtet im Jahre 1969 über Verbrechen und Gewalt in Nordamerika (x243/107): >>... In Manhattan Island (Bevölkerung 1,7 Millionen) werden jedes Jahr mehr Menschen ermordet als in ganz England und Wales (Bevölkerung 49 Millionen). ...

Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl haben die USA die meisten Unruhen und bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen ... unter den 17 westlichen Demokratien. ...

Viele unserer Gesellschaft und Politik eigentümlichen Aspekte haben zu der individuellen Gewalttätigkeit beigetragen, die das heutige Amerika beunruhigt, darunter die psychologi-

schen Nachwirkungen der Sklaverei, das Nebeneinander von Massenkonsum und Stellen bitterer Armut, der Widerstreit unterschiedlicher Wertvorstellungen, aufgrund dessen vielen Menschen ein klares Leitbild für soziales Handeln fehlt.

Andere Quellen der Gewalt in unserem nationalen Leben sind Erbe unserer eigenen Vergangenheit: eine Verherrlichung der Gewaltanwendung für die gute Sache durch unsere revolutionären Vorväter, Grenzer und Bürgerschutzorganisationen; Erwartungen von Einwanderern auf ein irdisches Paradies, die nur zum Teil erfüllt wurden; die ungelösten Spannungen, die ein rapides und ungesteuertes Wachstum der Städte und Industrien mit sich brachte.<<